

Eingebracht am 25.11.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesräte Schimböck
und GenossInnen

betreffend Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung und
der österreichischen Unternehmungen mit Post-Dienstleistungen

Der Bundesrat hat die Verpflichtung die Interessen der Länder wahrzunehmen. Die drohende Schließung von hunderten Postämtern betrifft massiv die Interessen der Länder, im speziellen die Interessen der Österreicherinnen und Österreicher in den ländlichen Regionen sowie der Unternehmungen - insbesondere die KleinunternehmerInnen - in diesen Regionen.

Die unterzeichneten Bundesräte fordern daher das zuständige Mitglied der Bundesregierung, Herrn Vizekanzler Gorbach, auf, dass er seine politische Verantwortung ernst nimmt und endlich Taten setzt, dieses desaströse Vorhaben der Post AG zu verhindern. Dieses Verlangen wird nicht nur vom Gemeindebund, von einer großen Zahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, sondern auch von einer Reihe von Landeshauptleuten unterstützt. Ebenso gibt es positive Äußerungen in diese Richtung vom Klubobmann der ÖVP, Molterer, der wohl im Namen von seinen 79 Abgeordneten und 27 Bundesräten gesprochen hat, und von Regierungsmitgliedern, wie Bundesminister Bartenstein.

Mit Beschlussfassung dieser Entschließung soll dem Herrn Vizekanzler zusätzlich der Rücken gestärkt werden, die notwendigen Maßnahmen zu setzen.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Bundesrat wolle beschließen :

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie werden aufgefordert, umgehend eine Neufassung der Post-Universaldienstverordnung zu erlassen, die einem Kahlschlag bei den Postämtern tatsächlich vorbeugt und die dauerhafte Versorgung der Bevölkerung und der österreichischen Unternehmungen mit Postdienstleistungen, insbesondere auch im ländlichen Raum, sicherstellt.

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Verkehr, Innovation und Technologie